

# Kritische Sicht auf Zahlen des Schulamts

## Lehrer widersprechen Statistiken zum Schulstart / Gewerkschaft geißelt Personalmangel

VON REINHOLD SCHLITT

Hanau – Der Start ins neue Schuljahr wird in Kreisen der Lehrerschaft unterschiedlich bewertet. Vertreter der Kreisverbände Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sehen den Start kritischer als das Staatliche Schulamt für den Main-Kinzig-Kreis. Auf ihrer jährlichen Pressekonferenz am Mittwoch kritisierten sie einzelne Darstellungen des Schulamtes zum Schuljahresbeginn.

So spreche das Schulamt davon, dass den Schulen im Kreis insgesamt 3633 Lehrerstellen zugewiesen worden seien (wir berichteten). Der Hanauer GEW-Kreisverbandsvorsitzende Jörg Engels sagte dazu: „Zuweisung bedeutet allerdings nicht Besetzung (der Stellen). Und selbst bei besetzten Stellen ist aus dieser Zahl nicht abzulesen, wie viele Lehrkräfte tatsächlich gerade an den Schulen vor Ort tätig sind. Zugewiesene Stellen können entweder unbesetzt sein, sie können mit nicht oder nicht ausreichend qualifiziertem Personal besetzt sein oder die Stelleninhaber und Stelleninhaberinnen können aus den verschiedensten Gründen wie Krankheit, Elternzeit oder Beurlaubung ihre Stelle aktuell nicht versehen und müssen vertreten werden.“

Wenn das Schulamt zudem von 167 neuen Lehrkräften spreche, so bleibe diese Zahl völlig aussagelos, wenn ihr nicht auch die Zahl jener Lehrkräfte gegenübergestellt würde, die im vergangenen



**Blicken kritisch auf die Äußerungen des Schulamts:** Förderschullehrerin Vanessa Erlinger, Gymnasiallehrer Jörg Engels und Grundschullehrerin Heike Rückert-Fischer (von links).

FOTO: REINHOLD SCHLITT

Schuljahr ihren Dienst beendet hätten, kritisierte der Gymnasiallehrer. Zwar spreche auch das Schulamt davon, dass es noch keine grundsätzliche Entspannung in der Lehrerversorgung geben würde, „aber zu fragen bleibt, woher diese Entspannung kommen soll.“

Die Gewerkschaft verwies auf eine weitverbreitete Prognose von bundesweit bis zu 80 000 fehlenden Lehrkräften bis zum Jahr 2035. Die Grundschullehrerin Heike Rückert-Fischer vom GEW-Kreisverband Gelnhausen lenkte den Fokus darauf, dass sich das Personalproblem an vielen

Schulen auch dadurch verstärken würde, dass die geburtenstarken Jahrgänge nun immer deutlicher Richtung Pensionsalter gingen: „Es ist ein Irrglaube, dass die alle bis zum 67. Lebensjahr durcharbeiten.“ Verschärfend kommt aus Sicht der Gewerkschaft hinzu, dass sich Hes-

sen immer noch davor verschließen würde, „den Grundschullehrkräften eine gleichwertige Besoldung zu gewähren, wie sie in benachbarten Bundesländern bereits üblich ist. Hier muss unser Bundesland deutlich attraktiver werden.“ Positiv bewertete die GEW das im Zu-

sammenhang mit den Defiziten durch die Coronavirus-Pandemie entstandene Aufholprogramm „Löwenstark“, mit dem die in den Klassen nötige personelle Unterstützung gesichert und aktuelle Ausfälle kompensiert werden. Jedoch hätten Schulen auf eine Unterstützung durch das schulpsychologische Angebot des hiesigen Schulamtes „zum Teil sechs Monate und länger“ warten müssen. Diese Situation werde sich nicht verbessern, so die GEW-Prophese, denn die drei dafür zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien bereits für das gesamte Jahr ausgebucht.

Ebenfalls positiv bewertet wurde der bisherige Stand der digitalen Ausstattung durch die Schulträger in Hanau und im Kreisgebiet. Allerdings seien auch hier wichtige Punkte, für die freilich das Kultusministerium Verantwortung trage, ungelöst. Auch vermissen die GEWler nach wie vor dienstliche Endgeräte für alle Lehrerinnen und Lehrer. Hier verwies das Schulamt allerdings auf die Zuständigkeit der Schulträger.

Als nicht akzeptabel wird angemerkt, dass der Support der Digitaltechnik zulasten der pädagogischen Arbeit geht. Soweit Lehrerinnen und Lehrer für diese Arbeit zusätzliche Stunden erhielten, würden diese „nicht mehr im bisherigen Maß für die Betreuung der Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stehen“. Die Gewerkschaft fordert für solche Aufgaben multiprofessionelle Teams.

### GEW unterstützt Protest der Eltern von Förderschülern

Die Lehrer-Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) schließt sich **der Forderung von Eltern an**, den Bildungsgang Hauptschulabschluss an der Elisabeth-Schmitz-Förderschule in Hanau und an der Haidefeld-Förderschule in Birstein weiterhin anzubieten: „Wir **kritisieren das Vorgehen** vonseiten des Schulamtes aufs Schärfste“, sagte dazu der Hanauer GEW-Vorsitzende Jörg Engels. Es sei „völlig unklar, weswegen eine langjährige sinnvolle Praxis ad hoc nicht mehr möglich sein soll. Das **Vorgehen des Schulamtes** sei auch für die Eltern schwer zu verstehen, erst recht aber für die

Schülerinnen und Schüler, auf deren Rücken die Auseinandersetzung um den Bildungsgang Hauptschulabschluss ausgetragen werde. Die Förderschullehrerin Vanessa Erlinger vom GEW-Kreisverband Schlüchtern sieht das Vorgehen des Schulamtes auch als „**Schlag ins Gesicht**“ für jene Lehrerinnen und Lehrer, die in diese Aufgaben viel Zeit und Energie investiert haben“. Die – von wem auch immer aufgestellte – **Behauptung**, Förderschüler würden durch die Vorbereitung auf ihrer Schule einen „leichteren Abschluss“ erzielen können, sei völlig abwegig. Erlinger:

„Sie legen dieselben Prüfungen wie ein regulärer Hauptschüler ab. Sie werden nur auf einem anderen Weg auf den Abschluss vorbereitet. Man darf nicht vergessen, dass diese Schülerinnen und Schüler den **Förderbedarf Lernen** mitbringen. Würden sie für die Vorbereitung auf den Schulabschluss auf die Regelschule wechseln, müssten sie sich für ein Jahr in ein **ganz neues System** hineinfinden.“ Es seien eine andere Schule, neue Klassenkameraden, ein anderes Lernen und andere Stundentafeln. Die GEW stellt sich hinter den Protest der Eltern.

litt